Bieter:

_____
Name und Anschrift des Bieters
oder Firmenstempel

Vergabeart: **Sektorenauftraggeber oberhalb der EU-Schwelle gem. SektVO**
EU-Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb und Bekanntmachung SektVO
Einzureichen bis (Einreichungstermin) Datum: **25.06.2025, 14:00 Uhr**
Ort, Anschrift: IKT Regio-Netzwerk GmbH & Co.KG Heidbergstraße 101-111 22846 Norderstedt
Bindefrist endet am: **08.08.2025, 23:59 Uhr**
Voraussichtliche Liefer- bzw. Ausführungsfrist bis: **schnellstmöglich**

A N G E B O T

☒ **für die Lieferung von**

E-Fahrzeugen (PKW Hochdachkombi)

Ich/Wir biete(n) die Ausführung der in der beigefügten Leistungsbeschreibung enthaltenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen und mit allen den Preis betreffenden Angaben wie folgt an:

Hauptangebot	**Gesamtsumme aus LV-Summenblatt Seite 10 inkl. MwSt (EUR)**
Summe	

Nebenangebote zum Hauptangebot	**Anzahl:**

Hauptangebot bei losweiser Vergabe	**Endbetrag je Los in EUR** **(Hauspreis inkl. MwSt. inkl. aller Rabatte)**	**zusätzlicher Preisnachlass (Rabatt) v.H. auf den Hauspreis inkl. MwSt.**
Summe Los		
Summe Los		
Summe Gesamtangebot über alle Lose		

Skontoangebot für alle Zahlungen	Zahlungsfrist:	Skonto v.H.

und halte(n) mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist an mein/unser Angebot gebunden.

LESEFASSUNG

Mir/uns ist bekannt, dass die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils geltenden Fassung Bestandteil des Vertrages werden.

Darüber hinaus erkenne(n) ich/wir die Bedingungen in der Angebotsaufforderung sowie die weiteren Bewerbungsbedingungen und Zusätzlichen Vertragsbedingungen als verbindlich an.

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche auf die von mir/von uns angebotenen Leistungen beträgt mindestens die gesetzliche Frist von 24 Monaten.

Ich/Wir erkläre(n):

1. Ich bin/Wir sind

Mitglied der Berufsgenossenschaft	seit:	unter Nr.:

Bieter die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, geben den für sie zuständigen Versicherungsträger an.

2. ❑ Ich/Wir sind präqualifiziert
   ❑ der Auftragsberatungsstelle SH e.V.
   PQ-VOL Lizenznummer:
   ❑Sonstige:

3. Ich/Wir gehöre(n) zu
   ❑ Handwerk ❑ Industrie ❑ Handel ❑ Versorgungsunternehmen ❑Sonstige

4. ❑ Ich bin/Wir sind bevorzugte(r) Bewerber gemäß beigefügtem Nachweis

5. ❑ Ich bin/Wir sind ein ausländisches Unternehmen
   ❑ EU-Staat ❑ Staat des WTO-Abkommens ❑ anderer Staat

6. Ich bestätige, dass ich/ wir das Mindestlohngesetz –MiLoG bzw. den Flächentarifvertrag einhalten, sowie §4 des VGSH.

7. Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation
   ❑ Ich/Wir erkläre(n), dass ein insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

   ❑ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen

8. Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zulässigkeit als Bewerber in Frage stellt:
   Ich/Wir erklären, dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), Verstoß gegen § 81 Absatz 1 Nummer 1 GWB, rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen mich/uns oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben einschließlich der Überwachung der Geschäftsführung oder der sonstigen Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung wegen:
   Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat

LESEFASSUNG

nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen (§ 89c StGB), Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB), Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB), kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland (§ 129b StGB), Menschenhandel (§§ 232, 233 StGB), Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265 b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324 a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der genannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind. Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO bei der Registerbehörde des Wettbewerbsregisters anfordern.

9. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung
Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

10. ❑ Ich/Wir beabsichtige(n), Leistungen an Nachunternehmer zu beauftragen

Das Formular EV 37-39 „Anschreiben Nachunternehmen“ liegt bei.

Die Verpflichtungen aus dem „Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) – MiLoG, sowie §4 des VGSH, gelten auch für die Nachunternehmer.

11. Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

12. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen meinen/unseren **Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen** in der Regel für die Dauer von drei Jahren zur Folge haben.

13. **Ich/Wir erkenne(n) an, dass der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten und Schadensersatz verlangen kann, wenn die vorgenannten Erklärungen unrichtig sind.**

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Angebots, dazu gehören auch die in der „Aufforderung zur Abgabe eines Angebots“ aufgeführten Anlagen, also auch die

LESEFASSUNG

Bewerbungsbedingungen und die Besonderen und Zusätzlichen Vertragsbedingungen (VOL/B).

Keine Angaben im nachfolgenden Feld erforderlich, wenn das Feld „Name und Anschrift des Bieters“ dieses Vordrucks auf Seite 1, oben links auf Seite 1, vollständig und zutreffend ausgefüllt wurde; sonst: Angabe des Namens der juristischen Person bzw. des Unternehmens in diesem Feld erforderlich:

Ist
–bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar
–ein schriftliches Angebot nicht an vorstehender Stelle unterschrieben oder
–ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/
mit elektronischem Siegel versehen
wird das Angebot ausgeschlossen.

LESEFASSUNG